

Jutta HAUG:
"Runter vom Gipfel der Absurdität"
Diskussionspapier für eine radikale Reform des europäischen
Finanzierungssystems vorgestellt

Dass die Finanzierung des EU-Haushalts vereinfacht, transparenter und demokratischer werden kann, ist die Kernaussage eines fraktionsübergreifenden Vorschlags zu einer radikalen Reform des EU-Finanzierungssystems. Das gemeinsame Papier wurde am Mittwoch von **Jutta HAUG**, SPD-Europaabgeordnete und Vorsitzende des Sonderausschusses zur Finanziellen Vorausschau, und ihren Parlamentskollegen, Alain LAMASSOURE (PPE), Vorsitzender des Haushaltsausschusses, und Guy VERHOFSTADT (ALDE), Vorsitzender der liberalen Fraktion, in Straßburg vorgestellt.

Ein einheitlicher europäischer Anteil an der Mehrwertsteuer von einem Prozent, eine CO2-Steuer in Höhe von 20 Euro pro Tonne und eine Finanztransaktionssteuer von 0,05 Prozent wären ausreichend, um den europäischen Haushalt auf dem jetzigen Niveau zu finanzieren. Gleichzeitig wäre der europäische Haushalt, wie ursprünglich bei Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bereits vorgesehen, mit wirklichen eigenen Einnahmen ausgestattet und nationale Haushalte wären vollständig entlastet. „Dann könnten wir endlich die unsinnige Debatte von Nettozahlern und -empfängern für immer beenden“, merkte **Jutta HAUG** an. Dass dieses 'juste retour'-Argument keiner wirtschaftlichen Begründung unterliege, zeigten die heute 41 bestehenden nationalen Sonderregelungen, die auch in dem Diskussionspapier aufgelistet sind. "Diese Sonderregelungen sind der Gipfel der Absurdität des heutigen Finanzierungssystems", so die SPD-Haushaltsexpertin weiter.

Da es notwendig ist, alle Elemente des Europäischen Haushalts in Betracht zu ziehen, damit eine ehrgeizige Reform überhaupt gelingen kann, führt das Papier Anregungen auf, wie die Effizienz der Ausgaben-Seite vor allem über eine Ausschöpfung der Synergiepotentiale erhöht werden kann. So ist beispielsweise für **Jutta HAUG** klar, dass es heute nicht mehr notwendig ist, neben dem Europäischen Auswärtigen Dienst weiterhin jeweils 27 Vertretungen der Mitgliedstaaten in fast jedem Land der Welt zu unterhalten.

Der fraktionsübergreifende Vorschlag dient als Beitrag für die anstehenden Debatten über EU-Eigenmittel. Denn in diesem Sommer legt die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag zur Reform des Eigenmittelsystems vor. Eine Position des Europäischen Parlaments zur Reform des Eigenmittelsystems erarbeitet derzeit der Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und budgetären Prioritäten. **Jutta HAUG**, Vorsitzende dieses Ausschusses, sieht das Konzeptpapier als Beitrag für die Diskussion und als Anregung für den Rat, sich nun endlich inhaltlich mit dem Thema auseinanderzusetzen. "Nette Worte reichen nicht mehr. Europäische Solidarität erreichen wir nur, wenn das intransparente Finanzierungssystem mit den zahlreichen Ausnahmen nun endlich abgeschafft wird", so **Jutta HAUG** abschließend.

Für weitere Informationen: Abgeordnetenbüro Haug +33 3 881 77595 und Algara Stenzel (Pressesprecherin) +32 473 930 060 (GSM).

PRESSMITTEILUNG